



## Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW  
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Antrag der SPD: Entsenderichtlinie reformieren – Beim Aufbau einer sozialeren Europäischen Union helfen

Platz des Landtags 1  
D-40221 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 884-4408  
Fax: (0211) 884-3677  
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 16.11.2017

### - Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede

Die SPD-Fraktion versucht hier mit diesem Antrag sich als Vorkämpfer eines sozialeren Europas darzustellen. Dabei ist Ihre Sicht jedoch sehr einseitig. Sie sehen nur Gefahren von Lohn- und Sozialdumping, aber nicht die Bedeutung von Binnenmarkt und grenzüberschreitenden Wettbewerb für den Wohlstand in der Europäischen Union und in Deutschland.

Die Entsendung von Beschäftigten ist untrennbar mit der Dienstleistungsfreiheit verknüpft. Entsendungen betreffen auch nicht nur gering entlohnte Arbeitnehmer aus den östlichen Mitgliedstaaten, sondern ebenfalls hochqualifizierte Mitarbeiter. So liegt Deutschland zwar einerseits mit über 400.000 aufgenommenen entsandten Arbeitnehmern an der Spitze. Andererseits wurden aber aus Deutschland selbst rund 240.000 Beschäftigte ins europäische Ausland entsandt. Und beim relativen Anteil der Entsendungen an allen Beschäftigten liegt Luxemburg deutlich vor allen anderen Mitgliedstaaten – sicher kein Niedriglohnland. Diese Daten zeigen, dass eine differenzierte Betrachtung erforderlich ist.

Anrede

Wir Freie Demokraten treten für einen angemessenen Ausgleich zwischen Dienstleistungsfreiheit und dem Schutz von Arbeitnehmern ein. Unverhältnismäßige Eingriffe lehnen wir hingegen ab. Insofern war es sinnvoll, mit der Entsenderichtlinie von 1996 und dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz des Bundes Mindeststandards für Arbeitsbedingungen festzulegen wie zum Beispiel Mindestlöhne in bestimmten Branchen sowie Regelungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz. Dies gehört für uns zu einem fairen Wettbewerb.

Viele der von der SPD angesprochenen Probleme beruhen allerdings auf der unzureichenden Durchsetzung der bestehenden Regelungen. Gerade in der Bauwirtschaft haben einige „schwarze Schafe“ die Vorgaben zu Lasten der Beschäftigten unterlaufen. Dort brauchen wir wirksamen Kontrollen. Nicht ohne Grund wollte die EU mit der Durchsetzungsrichtlinie von 2014 diese Probleme angehen. Darauf sollten wir uns zunächst konzentrieren. Die Diskussion um die Revision der Entsenderichtlinie ist für diesen Prozess eher hinderlich.

Anrede

Sie postulieren das hehre Ziel „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.“ Diesem Grundsatz können wir folgen. Wir können aber nicht außer Acht lassen, dass die Umsetzung zahlreiche Fragen aufwirft. So gelten zum Beispiel im Bau- und Baunebengewerbe regional und sektorspezifisch sehr differenzierte Tarifverträge während wir dagegen in der Altenpflege bei fehlender Tarifbindung nur auf die Mindestlöhne als verbindliche Grundlage zurückgreifen können.

Ihre Forderung würde also in einigen Branchen kaum zu Veränderungen gegenüber der heutigen Rechtslage verbindlicher Mindestlöhne führen. In anderen Branchen würde hingegen ein erheblicher bürokratischer Aufwand bei der Bewertung von Arbeitsverhältnissen und der Einstufung der jeweiligen Beschäftigten entstehen. Ausländische Arbeitgeber müssen nicht nur die Vorgaben der jeweiligen Tarifverträge in zentralen Registern finden können, sondern auch deren Inhalte nachvollziehen und anwenden können. Dies führt neben einem erhöhten Aufwand für Bearbeitung und Dokumentation vor allem zu Rechtsunsicherheit.

Wir sollten auch nicht vernachlässigen, dass die aktuellen Reformvorschläge zwar in Ministerrat und EU-Parlament eine Mehrheit gefunden haben, aber auf erbitterten Widerstand der östlichen Mitgliedstaaten stoßen. Und der Vorwurf eines innereuropäischen Protektionismus ist auch nicht von der Hand zu weisen. Der Zugang zum deutschen oder französischen Markt wird für Anbieter zum Beispiel aus Polen oder der Slowakei durch erweiterte Regulierungen erschwert. Und dann stellt sich die Frage, ob die Arbeitnehmer aus diesen Ländern wirklich vom verbesserten Schutz und höheren Löhnen profitieren oder eher ihre Arbeit verlieren, weil die Entsendungen zum Erliegen kommen.